

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen

Bezugspreis erscheint wöchentlich am Sonnabend
vierteljährlich 2,10 Mark, unter Freizeitung 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schäferstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgesetzte Rundschau 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Insätze: Montag früh 8 Uhr.

August Bebel tot.

Einer, dessen Namen in der Geschichte aller Zeiten leuchtet wird, ist von uns geschieden: August Bebel. Der größte Führer der deutschen Arbeiterklasse während des ersten halben Jahrhunderts ihres Kampfes und ihrer Entwicklung hat für immer die Augen geschlossen. War er auch in erster Linie ein Parteiführer, so gehörte er doch der Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes. Er war aus ihr selbst hervorgegangen, Fleisch von ihrem Fleisch, sein Denken und Fühlen galt dem Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt. Und deshalb blickte die aufgeklärte Arbeiterschaft aller Länder mit unbegrenzter Liebe und Verehrung zu ihm empor.

Die moderne Arbeiterbewegung hat eine Reihe großer Männer erzeugt, scharfsinnige Theoretiker, die das Chaos des gesellschaftlichen Geschehens durchleuchteten und der Arbeiterklasse den Weg wiesen, geistige politische Agitatoren und Parlamentarier, die die Arbeiter zur Teilnahme am politischen Leben aufrufen, herborragende Organisatoren, die unsere gewaltige Gewerkschaftsbewegung aufbauten, aber keinem von ihnen war das Herz der Arbeitermassen in dem Maße zugetan, wie August Bebel. Er hat führend mitgewirkt, als die moderne Arbeiterbewegung in Deutschland ins Leben trat, er hat ihre Kinderjahre und Kinderfrankheiten mit durchlebt, er hat ihre Leiden und Verfolgungen mit durchgestanden, er hat die Schläge, die ihr verübt wurden, in eigener Person zu spüren bekommen, er hat sie allen Hindernissen zum Trotz vorwärtsbringen helfen bis zu der gewaltigen Machstellung, die sie heute im politischen wie im wirtschaftlichen Leben Deutschlands einnimmt. Nicht, daß August Bebel allein das Wunderwerk vollbracht hätte, die Arbeiterklasse zu einer Millionenarmee zu organisieren, die gebietend ihren Anteil an den von ihr selbst geschaffenen Gütern der Kultur beansprucht, aber unzweifelhaft hat er in hohem Grade dabei mitgewirkt, daß die Arbeiterbewegung geworden, was sie ist. Der reiche Geist Bebels hat sie fruchtbar gemacht, sein feuriges Temperament die Massen nachgerufen, sein klarer Blick die besten Richtlinien und Aufstiegsmöglichkeiten erkannt. Keinem der großen Kämpfer der deutschen Arbeiterschaft war es vergönnt, so lange an ihrer Spitze zu stehen wie August Bebel, keiner hat so entscheidend an der Lösung aller inneren Streitfragen mitgewirkt, keiner so die Entwicklung von den kleinsten Anfängen zu der größten und bedeutsamsten Volksbewegung aller bisherigen Geschichte durchgeführt und beobachtet, wie er. Mit stolzer Genugtuung konnte er an seinem Lebensabend zurückblicken auf seine Lebensarbeit, erfüllt von dem Bewußtsein, das höchste Vertrauen der vielen Millionen zu genießen, die nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt den gleichen Zielen zustreben.

Die Tagespresse hat die Bedeutung Bebels als Politiker und Parteiführer eingehend gewürdigt. Der Gewerkschaftspresse kommt es zu, dessen zu gedenken, was Bebel den Gewerkschaften geleistet hat. Es gab Perioden in der Entwicklung unserer Bewegung, in denen man bei Bebel eine gewisse Abneigung gegen die Gewerkschaften vermutete. Wo und wann aber dieser Verdacht ausgesprochen wurde, ist ihm Bebel mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Gewiß, Bebel war nie Gewerkschaftsmitglied, denn er war seit vielen Jahrzehnten der gewerblichen Kritik entzweit. Er selbst aber hat sich einmal zu der Frage seines Beitritts zur Gewerkschaft geäußert. Das war auf dem 1893 in Köln abgehaltenen Parteitag, der sich mit der Frage, wie die Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie zu unterstützen seien, beschäftigte. Nachdem Bebel dargelegt hatte, daß er schon seit 1868 an der Förderung der Gewerkschaften mitgewirkt habe, fügt er fort: „Wir sollen nun persönlich einer Gewerkschaft angehören; es genügt also nicht, daß ich Vorträge halte, ich muß Mitglied werden. Es würde uns eine hohe Ehre sein, sagte man uns in Berlin.“

Man bekämpft doch allenthalts den Peronismus und hier will man ihn treiben? Was kann denn ein Liebfrauenknecht, Bebel, tuer bei einer Gewerkschaft tun? Ich habe solche Anträge immer abgelehnt, weil man nicht dabei stehen bleiben, sondern jagen würde: Ihr müßt auch mit ganzer Kraft für die Bewegung eintreten, Vorträge halten, Artikel liefern, Vorstand werden usw. Das können wir bei all der Arbeit, die wir schon haben, nicht auch noch übernehmen.“

Es war also nur die Sorge, wie er am zweckmäßigsten und erfolgreichsten seine Kraft der Gesamtbewegung dienstbar machen könnte, was ihn veranlaßte, sich nicht in die Mitgliederliste des Drechsler- später des Holzarbeiterverbandes einzutragen zu lassen. Wer einmal einen tieferen Blick in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung getan hat, weiß, wie sehr Bebel von den allerersten Anfängen gewerkschaftlicher Entwicklung an der Organisation und den Kämpfen der Gewerkschaften sein volles Interesse geschenkt hat.

Als der am 22. Februar 1840 in Deutz-Köln geborene Unteroffizierssohn, der mit dem 3. Lebensjahr den Vater, mit dem 6. den Stiefvater und mit dem 13. die Mutter verlor, der in seiner in Deutz, Brautweiler und Weßlar verlebten Kindheit Not und Entbehrung in reichem Maße erlitt, seine Drechslerlehre in Weßlar beendet hatte, ging er gen Süden auf die Wanderschaft, schloß sich dem katholischen Gesellenverein an und betätigte sich in demselben in Freiburg i. B., Regensburg und Salzburg, wo der noch nicht zwanzigjährige Beschäftigung gefunden hatte. Im Februar 1860 trat er die Stützreise nach seiner Heimatstadt Weßlar an, wanderte aber bald weiter und erreichte am 7. Mai 1860 Leipzig, das für 3 Jahrzehnte sein Wohnsitz werden sollte. Am 19. Februar 1861 trat der junge Bebel dem neuengründeten gewerblichen Bildungsverein bei, aus dem später der Leipziger Arbeiterbildungsverein wurde. 1865 trat Bebel, der inzwischen selbstständiger Drechslermeister geworden war, als Vorsitzender an die Spitze dieses Vereins, 1867 wurde er Vorsitzender des Ausschusses des Verbandes deutscher Arbeiterbildungsvereine. In diesen Vereinen herrschte damals eine lebhafte Götting. In erster Linie sollten sie der gewerblichen und allgemeinen Bildung der Arbeiter dienen. Darüber, ob sie auch mit politischen Fragen sich befassen sollten, gingen die Meinungen auseinander. Soweit sie in Volkssammlungen zu politischen Streitfragen Stellung nahmen, geschah es bis zum Auftreten Lassalles vorwiegend im Sinne der liberalen Parteien. Lassalle entzog mit dem von ihm 1863 gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein dem Liberalismus einen Teil der aufgewiderten Arbeiter. Ein anderer Teil, zu dem Bebel gehörte und an dessen Spitze Bebel bald trat, stand der Lassalischen Bewegung ablehnend gegenüber. Bebel wirkte mit bei der Gründung der demokratischen Sachsenischen Volkspartei und gehörte derselben an, als er 1867 zunächst in den konstituierenden, dann in den ordentlichen Norddeutschen Reichstag gewählt wurde. Aber schon 1868 folgte sich Bebel auf dem Reichstag zu Nürnberg mit einem großen Teil der Arbeiterbildungsvereine von der bürgerlichen Demokratie los und vollzog seinen Anschluß an die von Karl Marx geführte Internationale Arbeiterorganisation. Die weitere Konsequenz war im Jahre 1869 die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Kongress zu Eisenach, die sofort unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht stand, und in der die hinter Bebel stehenden Arbeiterbildungsvereine aufgingen. Bis zum Jahre 1875 marschierte diese Partei getrennt von der Lassalischen Partei, die beiden bekämpften sich aufs bestreite, dann aber wurde auf dem Gothaer Kongress die Einigung erzielt, der es zu danken ist, daß nunmehr die gesamte Arbeiterbewegung rasch emporblühte, aller Bismarckschen Gewaltpolitik zum Trotz.

Schon die Arbeiterbildungsviere hatten nicht gleichgültig an den zahlreichen Streiks vorübergehen können, die besonders in dem Prosperitätsjahr 1865 ausbrachen. Beim Streik der Schuhmacher, der Buchdrucker, der Schneider in Leipzig war Bebel als Vorsitzender des Arbeiterbildungsviere stark engagiert. Es fehlte aber noch an jeder Organisation und finanzieller Unterstützung der Lohnkämpfe. In den folgenden Jahren traten eine Reihe gewerkschaftlicher Verbände ins Leben, denen Bebel Geburtsfeierdienste geleistet hat. 1868 erließ Bebel als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Arbeitervereine einen Aufruf zur Bildung von Gewerkschaften und arbeitete ein Normalstatut für solche aus. Er veranlaßte, daß Kongresse zur Gründung von Gewerkschaften einberufen würden, die den gewünschten Erfolg hatten. Nicht selten war Bebel in den neuengründeten Gewerkschaften als Redner tätig. Das blieb so Jahrzehnte hindurch. Auf dem erwähnten Parteitag in Köln berief er sich zum Beweis seines lebhaften Interesses für die Gewerkschaften darauf, daß die Hälfte seiner Tätigkeit in Versammlungen in Berlin auf die Kaufvereine entfiel. Bebel hat somit ein herborragendes Verdienst daran, daß die deutschen Gewerkschaften vom Geiste des modernen Klassenbewußtseins erfüllt wurden. Bei all seinem parteipolitischen Eifer riet Bebel aber entschieden davon ab, die Parteipolitik in die Gewerkschaft hineinzutragen. Die Gewerkschaften sollen nach seiner Ansicht nicht als Anhänger einer Partei betrachtet werden, aber Parteimann soll auch der Gewerkschafter sein, nicht als Gewerkschafter, sondern als klassenbewußter Arbeiter und als Staatsbürger, der an allen Fragen des Staatslebens Interesse nehmen muß. Nach langjährigen Auseinandersetzungen ist dann auch schließlich unter Bebels führender Mitwirkung den Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei die Gleichberechtigung und die Selbständigkeit erkannt worden, die die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgabe brauchen.

So stehen also auch die deutschen Gewerkschaften trauernd an der Seite August Bebels, dem sie vieles zu danken haben. Er war ihr treuer Freund, er hat ihnen das Koalitionsrecht erkämpft helfen und hat es gegen jeden Angriff verteidigt wie eine Löwin ihr Junges. Er war zugleich der Bahnbrecher der deutschen Arbeiterversicherung. Mit seiner flammenden Redefähigkeit hat er die Notlage der Arbeiterklasse geschildert und die Pflicht des Staates, die Schwachen zu stützen, betont. Kein Parlamentarier hat als Redner die Wirkung erzielt, wie Bebel.

Ebenso großes wie als Redner hat Bebel als Schriftsteller geleistet. Es braucht nur erinnert zu werden an sein epochenmachendes Werk „Die Frau und der Sozialismus“, das in alle Kultursprachen übersetzt wurde und eine ungeahnte Verbreitung fand. Auch die vielen anderen Schriften, die Bebels Feder entstammen, erfreuten sich jüts eines großen Zusatzes und trugen den Samen des Sozialismus und des Klassenbewußtseins in die weitesten Volkstreife hinein. Der Gewerkschafter schöpft heute noch Begeisterung und Anregung aus der kleinen Schrift Bebels „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“, die 1900 bei Diez in Stuttgart erschien. Die letzte große Freude hat Bebel der Arbeiterschaft bereitet mit seiner Lebenserinnerung, von denen bisher 2 Bände erschienen sind. Mit dem angekündigten dritten Band ist er nicht mehr fertig geworden. Man wird aber hoffen dürfen, daß dieser Band, von kundiger Hand zum Abschluß gebracht, bald der Öffentlichkeit übergeben wird.

Bebel ist gestorben. Der Geist Bebels aber lebt und wird weiter leben bis in die fernsten Jahrhunderte. Die Arbeiterklasse wird treu bleiben den Lehren, die das Vermächtnis August Bebels bilden.

Syndikus Schmidt's „Tatſit“.

III.

Als ein Lob aus Gegners Munde könnten wir eine Anzahl Neuerungen des Herrn Schmidt über unseren Verband in seinem Vortrag bezeichnen. Er spricht von der gewaltigen Macht unserer Organisation, „die noch lange nicht den Höhepunkt der Entwicklung erreicht“ hat; von der „hervorragend straffen Organisation mit zielbewusster, zentralisierter Leitung“, die den Verband befähigt, „nach ganz bestimmten, vorsätzlich festgelegten Grundzügen die Tarifbewegung zu führen“; von der straffen Geschlossenheit des Verbandes... „im Verkehr mit den Unternehmern; von der raffinierten Taktik; wie „nach festen Grundsätzen, nach einheitlich ausgestellten Prinzipien“, jede Lohnbewegung geleitet“ wird. Er staunt, „wie einheitlich die ganze Bewegung geführt wird und wie man überall, trotz denkbart großer Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse, in den verschiedenen Fragen auf die gleichen taftlichen Maßnahmen stößt“. Er spricht von den „in üblicher Übung geschulten Arbeitertreibern“ und bricht lästiglich in die Klage aus: „Was Wunder, wenn diese glänzende Arbeiterorganisation sich den lokal zerplatteten, nicht zu einer einheitlichen Organisation zusammengetriebenen Brauereien in fast allen Fällen überlegen zeigt.“

Das Lob erfolgt aber nicht um seiner selbst willen, sondern es dient dem Zweck der Agitation. Er behauptet die Unternehmer, die heute noch glauben wollen, im Schutze patriarchalisch-ländlicher Verhältnisse von dieser Bewegung verschont zu bleiben, sich niets zu vergegenwärtsigen, „dass es nur einen Aufschub, aber kein Entrinnen vor der Flut der Arbeiterbewegung gibt“. Deshalb klingen seine Ausführungen über unseren Verband in der Mahnung aus:

„Das einzige Mittel gegen den Ansturm der organisierten Arbeiterschaft besteht darin, dass die Brauereien sich gleichfalls in einer umfassenden Organisation zusammenziehen, die es ihnen ermöglicht, ebenfalls auf breiterer Basis die Verhandlungen zu führen und die Tarifverträge abzuwickeln.“

für diesen, das ganze Braugewerbe umfassenden Arbeitgeberverband bemüht er sich um die tatkräftige Mitwirkung der Unternehmer, und er selbst wird dabei nach Möglichkeit mit.

Bis dahin und überhaupt erzielt Herr Schmidt den Unternehmern Ratschläge und prägt keine Taktik an mit dem Endziel einer lückenlosen Unternehmerorganisation, die auf breiterer Basis mit unserem Verband verhandelt, und mit dem weiteren Endziel: „Früher oder später muss der Kampf doch einmal ausgefochten werden.“

Inzwischen aber ratzt nun Herr Schmidt den Unternehmern, sich mit kleinen Mitteln zu helfen. Vor allen Dingen von Anfang an, wenn die Organisation noch lockt ist, fein engenommen in dem Streben, unter keinen Umständen Differenzen mit der Arbeiterschaft zu bekommen, ratzt Herr Schmidt: „Sie für den Augenblick erkauft Ruhe macht nur später teuer bezahlt“, da jeder Erfolg die Organisation außerordentlich stärkt:

Von Anfang an muss man sich wehren, so lange der Verband noch nicht festen Fuß gesetzt hat; durch energisches Auftreten lassen sich viele Leute, namentlich die älteren, vernünftigen Elemente einschüchtern und lehren dem Verbande den Rücken. Später wird man ihn nie wieder los; er umflammt Sie mit brennendem Feuer wie ein Schlingengewässer von alten Zeiten, des Schafsfleid, das ihm zur Einführung diente, wird er dann bald ab und zeigt seine wahre Natur.“

Das Rezept, das hier Herr Schmidt empfiehlt, um den Verband nicht festen Fuß fassen zu lassen, wurde bisher schon im Uebermaß angewandt und vor allen Dingen recht ausgiebig zu Anfang unserer Bewegung. Gerütt hat es nicht, weil das Streben nach besseren Verhältnissen die Arbeiter gleichsam bestrebt und wohl gelegentlich eine kurze Zeit unterdrückt, aber nicht ausgerottet werden kann. Man hat es deshalb auch reizlos mit dem entgegengesetzten Mittel vertröst, das gleiche Ziel zu erreichen: die „freiwillige“ Zahlungslage, wenn der Verband im Anzuge war. Auch dies hat nichts genutzt, weil die Arbeiter ja doch aufstehen oder erneut, wohin es kommt, und weil sie erkannten, dass solche Verfehlungsmittel einmal recht ungünstig wären und zum andern sie auch keine Gewalt dafür hatten, wie lange das Entgegenkommen erhalten, sofern die Organisation fehlt. Gegen das nachsichtige Streben der Arbeiter ist kein Kraut gewachsen und folglich auch nicht gegen das Mittel, das sie in ihrem Streben tatkräftig unterstützen: die Organisation. Und wo Schmidt's Rezept angewandt wurde, dachte es immer nur, eher zur Förderung der Organisation als dem Geiste.

Weiter empfiehlt Herr Schmidt den Unternehmern, die der Verband nun doch einmal mit tendenziell freudiger Kluft auskämpft hat, die Einführung von Stützpunkten für die einzelnen Kategorien, „sorger in Zukunft bei jeder Tarifbewegung“ hinzugetragen werden soll. Das sei ein Mittel, um Streiks zu verhindern oder doch möglichst zu erschüttern. Das wird die Erfahrung in den Reihen der Kollegen lehren, dass es Zukunft noch energischer als bisher

der Ausschluss jeder Kündigungsfrist zu fordern ist. Uebrigens gibt es sehr viele Brauereileiter, die gerade für die Brauereien den Ausschluss der Kündigung für notwendig halten, aus Gründen, die allerdings Herrn Schmidt unbekannt sein dürften.

Dann aber, um eine breitere Basis für den Abschluss von Tarifverträgen zu erhalten, wird den Unternehmern von Schmidt empfohlen, „möglichst auf gleiche Abstimmung hinzuwirken“. Er persönlich trete für diese Forderung mit allem Nachdruck ein und betone bei jeder Gelegenheit, wie außerordentlich wichtig dies ist; viel wichtiger, als ob Sie (die Unternehmer) beim einzelnen Tarifvertrag etwas mehr oder weniger Lohn bewilligen. Diese Taktik des Herrn Schmidt und auch anderer ist uns lange bekannt, aber das wir hinsichtlich des Ablauftermins auch ein kräftiges Wörtchen mitzureden haben, weiß auch Herr Schmidt und hat er schon mehrfach zu seinem Schmerze erfahren müssen. Zur Durchführung dieser Bestrebungen gehören eben immer zwei, und zu diesen zwei gehört unser Verband.

Das sind ja die großen Mittel, um den Ansturm unseres Verbandes abzuhalten. Daneben laufen kleinere zu diesem Zweck und Ratschläge, wie die Brauereiarbeiter in möglichst schlechten Verhältnissen gehalten werden können. Eine große Spannung zwischen Anfang und Ende eines idealen Herrn Schmidt geeignet, den Widerstreit der Interessen bei den einzelnen Arbeitern zu fördern, im Interesse der Unternehmer. Weiter findet er „die Frage des Stundenlohnes“ vom Standpunkt der Brauereien äußerst beachtenswert. Er meint, es könne „nicht schaden, wenn man sich von den Schweizer Brauereien einmal über die dortigen Erfahrungen mit den neuerdings eingeführten Stundenlöhnen berichte einholen“. Herr Schmidt hat wohl unsere erfolgreichen Kämpfe um die Abschaffung der Stundenlöhne, wo sie vereinzelt noch existieren, übersehen. Wenn er sich aus diesem Gebiete versuchen wollte, würde er um so früher abgewirtschaftet haben.

Es ist ja eigentlich selbstverständlich, dass Herr Rechtsanwalt Schmidt der „sachverständigen“ Vertretung der Brauereien bei Verhandlungen über Arbeiterforderungen durch außerhalb des Geschäfts stehende Syndizist vornehmlich Rechtsanwälte, das Wort redet. Er meint, und stützt sich dabei auf Etwas Ausführungen, die Verhandlungen seien für den Verband durch die Syndizist viel schwieriger geworden und die Stoffkraft des Verbandes sei durch sie ganz wesentlich geschwächt. Das ist eine bedenkliche Illusion, wie Herr Schmidt es aussagt und gefährlich, wie er es propagiert. Schwieriger sind die Verhandlungen durch die verschiedenen Syndizist allerdings geworden, aber aus der Person der Syndizist recht naheliegenden Gründen und besonders auch, weil ihnen vielfach die Kenntnis der Materie abgeht. Die Bemühungen, die Unternehmer von den Verhandlungen auszuhalten und die Lohnbewegungen zu zentralisieren, vermehrten die Gefahren und bergen zentrale Kämpfe in sich, besonders, wenn die Syndizist Unkenntnis durch recht idealistisches Auftreten zu verdecken suchen. Über diese Gefahren bestehen für die Brauereien in höherem Maße wie für die Arbeiter.

Herr Schmidt selbst trägt nach unserer Überzeugung in vielen Fällen die Schuld, dass es zu Kämpfen gekommen ist, die jedenfalls vermieden worden wären, wenn die Unternehmer die Verhandlungen selbst geführt hätten. Mit dem Ausgang dieser Kämpfe konnten wir zufrieden sein. Wenn Herr Schmidt dieses eine Schwäche der Stoffkraft unseres Verbandes nennt, so kann es uns recht sein. Die Stoffkraft ist abhängig von der Stärke unserer Organisation. Und diese zu fördern, die Kollegen zur Stärkung der Organisation einzurichten, dazu tragen die Bemühungen der Syndizist erheblich bei. Diese Bemühungen den Kollegen vor Augen zu führen, sind wir auch heute bemüht. Und so kommt wohl Herr Schmidt auf seine Rechnung und auf wir.

Das Endziel, das Herrn Schmidt vorstellt und das er in die Worte kleidet: „Früher oder später muss der Kampf“ doch einmal ausgefochten werden... iorgen wir dafür, dass der uns volkergestalt aufgewogene Kampf uns nicht unvorbereitet treffen“, könnte ja angenehm Gemütern das Grauen beibringen und ist wohl auch nur als Sanktion auf sie zu werten. Dieses Endziel ist gleichermaßen eine isolierte Utopie, wie die Tagessuntheorie des Syndikus Wolf und ebenso gefährlich für die Unternehmer. Wirtschaftliche Kämpfe werden nicht „ausseitigen“ in dem Sinne, wie Herr Schmidt es versteht. Das Streben der Arbeiter nach besseren Verhältnissen ist dauernd und hierfür werden sie dauernd ringen und eventuell kämpfen. „Entscheidungskämpfe“, also der Kampf, der einmal „ausgetragen werden muss“, den gibt es nicht, weil mit einem vermeintlichen Entscheidungskampf die Ursachen des Kampfes nicht beseitigt werden. Wenn die Unternehmer einer Industrie sich wirklich zu einem solchen „Entscheidungskampf“ durch irgendwelchen Syndizist und Scharfmacher verleiten lassen, dann sind sie zu bedauern. Mit der Möglichkeit ist aber nach all dem heissen Bemühen auch bei uns zu rechnen und deshalb wird auch unser Verband das Kürzel trocken halten.

Die idealen Gegner der freien Gewerkschaften.

III.

Wie es mit dem Idealismus unserer Gegner besteht ist, haben wir in dem Voraufgegangenen genügend herausgestellt. Im besten Falle handelt es sich um Menschen, die durch einen aufseherrregenden Glauben, der ihren Egoismus befriedigt, zu einem Verhalten gezwungen werden, das den Interessen der herrschenden Gesellschaft dient, dem Wohl der Arbeiterschaft zum Widerlauft. In den meisten Fällen aber juchen und finden die Gegner der freien Gewerkschaften, ganz gleich mit welcher Art idealer Phrasie sie sich schmücken, Befriedigung ihres eigenen Egoismus. Sie erstreben Vorteile, indem sie ihre Arbeitsbrüder schädigen, sich auf deren Kosten einen besseren Tag, eine Existenz sichern. Über den freien Gewerkschaften gegenüber spielen sie sich auf als die Träger edler Ziele, hoher Moral, idealen Strebens. Dieses Selbstbewusstsein wird nun trefflich beleuchtet durch die Geschäftigkeit und Verleumdungen, mit welchen die Gelben gegen seitig bekämpfen. Soviel die Gelben als auch die christlichen beider Schattierungen untereinander, und weiter die beiden Gruppen gegeneinander.

Unter den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen, als welche die Gelben firmieren, ist fürzlich ein offener Krieg ausgebrochen. Die Berliner Richtung unter Leibniz, macht der anderen, die vorwiegend im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihre „Truppen“ hat, den Vorwurf, sie sei direkt von den Werkherren gegründet worden und stehe vollständig unter ihrem Kommando. Die Angegriffenen wieder behaupten, die gelben Sekretäre der Berliner Richtung würden von den Arbeitgebern bezahlt. — Vielleicht für Vertretung von Arbeiterinteressen? — Gedankt erkennt man aus solchen Vorwürfen, was diese Edelleute der Nation von einander halten. Jeder schätzt den anderen ein nach seinen eigenen Beweggründen. Man weiß, dass Eigennutz die Triebfeder der gewerkschaftszerstreuenden Tätigkeit für gelbe Werkvereine ist. Die Männer in den beiden gelben Lagern kämpfen nicht für Arbeiterinteressen, sondern für das eigene Geschäft.

Der freien Gewerkschaften buntfarbiger Trost von Gegnern macht ihnen in holden Einmütigkeit den Vorwurf, sie stünden in Diensten parteipolitischer Bestrebungen. Die Beweisführung ist leicht: Die Sozialdemokratie tritt überall für die Forderungen der Arbeiter ein, auch für die von christlichen Arbeitern erhobenen. Es gibt keine wirtschaftliche Forderung der Gewerkschaften, die nicht in der Sozialdemokratie ihre nachdrücklichste Förderung finde. Die Gewerkschaften stehen andererseits nicht hinter jeder Forderung der Sozialdemokratie, sie lehnen aber selbstverständlich deren Hilfe für die wirtschaftlichen Forderungen nicht ab, sie verlangen sie vielmehr, was ihrer Sicht entspricht. Und daraus machen die Gelben, Blauen und Schwarzen ein Abhängigkeitsverhältnis der Gewerkschaften, schimpfen sie schließlich der Partei. Da paart sich gelb-schwarz-blauer Idealismus mit dito Wahrhaftigkeit.

Das schönste aber ist, dass sich die Gelben und die Blau-Schwarzen aus parteipolitischen Gründen in die Haare geraten sind. Die christlichen Gewerkschaften bilden das Rückgrat des Zentrums; den Blauen gewährt man für freie Gesellschaft die Gnadenbrotzeit einiger christlich-sozialen Kandidaturen. Die Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sollen aber national-liberalen Wahlen machen. Da konnte es nicht ausbleiben, dass die Schützer idealer, nationaler und himmlischer Güter, die „Friedlichen“ und die Apothe der christlichen Nächstenliebe ihre gegenseitige Schlechtigkeit entdecken und sie an die Glocke der Leidenschaft hängen. Dabei reiben sie sich aufnahmeweise die volle Wahrheit unter die Nasen. Die Blau-Schwarzen sagen den Gelben, dass sie gekaufte Schildhalter der Werkherren seien und die Gelben schildern die Christen als böse ultramontane Hölzer, die christlichen Gewerkschaften als eine unter falscher Flagge segelnde Parteiorganisation des Zentrums.

Die evangelischen Arbeitervereine schwanken in diesem erbaulichen Streit hin und her. Teils überwiegt die Abneigung gegen den Ultramontanismus, und dann drängt sie ihre Leitung zu den national-liberalen „notwollten gelben Werkvereinen, oder aber sie sind christlich-sozial angelehnt, und dann können sie sich für die Gelben nicht genug erwärmen. So bietet sich den freien Gewerkschaften ein Schauspiel von überwältigender Harmonie.

Am vilainesten ist aber noch das christliche Katholizismus unter den allein Seligmachenden. Es kennzeichnet gar prächtig die veredelnden Wirkungen, die von ihren Lehren und Grundsätzen ausgehen. Ein Kampf zwischen den katholischen Katholizitatem und den interkonfessionellen Ultramontanen, M.-Gladbachs Prägung, feiert christliche Brüderlichkeit, Sauberkeit und hochherzige Geiinnung ihre ausschweifendste Triumphe. Es gibt keine Schlechtigkeit, keine niedrige Geiinnung, die sich die Brüder in Christo nicht schon gegenseitig vorgeworfen hätten. Die Katholizitatem untersiegt, die M.-Gladbachs wollten den Unglauben fördern, sie hätten die Autorität des Papstes

verlängert, ließen sich von persönlichen, eigenförmigen Bestrebungen und Beweggründen leiten. Das leiste werten die Katholiken auch wieder den Berlinern vor. Gegenseitig beschimpfen sie sich als Schwindler, Lügner, Räuber und Betrüger. Den Berlinern sagen die M.-Glaubhaber weiter, sie hätten den unschönen Papst angeleget, ihn im Kampfe gegen die eigenen Glaubensbrüder missbraucht. Die Berliner rächen sich durch Veröffentlichung beschimpfender, mißködlicher, verhöhrender Bemerkungen, die sich christliche Gewerkschaftsführer über Bischöfe und Kardinäle erlaubten, die nicht an ihrer Stricke ziehen.

Dann wollten die Berliner die Gewerkschaftsfrage auf dem in Bälde stattfindenden Katholikentag zur Erörterung und Entscheidung bringen. Das haben die M.-Glaubhaber aber verhindert. In einer Geheimkonferenz in Trier ist beschlossen worden, daß auf dem Katholikentag über die Gewerkschaftsfrage nicht gesprochen werden darf. Diese christliche Wäsche ist zu schmutzig für die Öffentlichkeit. — Aber in einer geheimen Sitzung — nur Ausgesiebte werden zugelassen — wolle man mit „frästiger Hand“ die Streitfrage regeln. Das Faustrecht soll wohl entscheiden?

So sieht es im Lager der idealen Gegner der freien Gewerkschaften aus. Das sind die Begläcker der Menschheit, die durch eine angeblich von ihnen vertretene höhere Moral die Arbeiterschaft zu edleren, idealen Streben erzielen wollen. Es wäre schlecht bestellt um die freien Gewerkschaften, wenn ihre Grundzüge, ihr Tun und Lassen in den gleichen Niederungen des Egoismus wurzelte, aus der heraus das widerliche Treiben ihrer Gegner erwächst. Solche Gegnerschaft ist für die freien Gewerkschaften nur ehrenvoll, ist ihre beste Verteidigung und Empfehlung.

W. I. h. D. ü. w. II.

Hab acht auf die Krankenkassenwahlen!

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung in Kraft. Die Versicherung ist erheblich ausgedehnt. Ihr sind neu unterstellt die Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts in der Landwirtschaft, die Dienstboten, die unständig beschäftigten, die im Wandergewerbe und die im Hausgewerbe Tätigen. Für Personen, deren Versicherungspflicht bisher von einem Einkommen bis zu 2000 M. abhängig war, ist die Versicherungspflicht erstreckt bis auf ein Einkommen von 2500 M.

Für die Versicherung sind die Träger, die Krankenkassen, zum Teil auf wesentlich andere Grundlagen gestellt als bisher. Ein großer Teil der bisherigen Krankenkassen geht ein, es verschwindet auch die Gemeindekassenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt nur Ortskrankenkassen, Landkrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen.

Bestehende Ortskrankenkassen können zu allgemeinen Ortskrankenkassen ausgebaut oder als besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden. Sonst sind allgemeine Ortskrankenkassen neu zu errichten.

Das hat noch in diesem Jahre zu geschehen, damit am 1. Januar die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden können. Es wird im wesentlichen auch schon in den einzelnen Bezirken darüber klarheit bestehen, wie es mit der Organisation der Krankenkassen wird.

Es gilt jedoch in den nächsten Wochen und Monaten, die Wahl für den Ausschuss dieser Krankenkassen und dann für den Vorstand vorzunehmen. In den

Landkrankenkassen haben die Versicherten leider keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Ausschusses und Vorstandes. Hier wählt die Behörde die Vertreter. Das trifft namentlich die neu der Versicherung unterstellten Personen, die dort, wo eine Landkrankenkasse errichtet wird, dieser angehören müssen. Wo eine Landkrankenkasse nicht errichtet ist, ist ihre Versicherungspflicht bei den anderen Krankenkassen begründet. Und hier, bei den Ortskrankenkassen, bei den Betriebs- und bei den Innungskrankenkassen, wählen die Mitglieder den Ausschluß.

Für die Ortskrankenkassen hat der Bundesrat Vorschriften erlassen, nach denen auch die neu der Versicherung unterstellten Personen an den Wahlen zum Ausschluß teilnehmen. Der Bundesrat hat bestimmt, daß bei neu errichteten allgemeinen Ortskrankenkassen das zuständige Versicherungsamt Wählerlisten aufzustellen und dann die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern hat, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Diese Anordnungen sollen auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung eingezogenen Mitglieder ausgestalteter allgemeiner Ortskrankenkassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder gelten. Es kann jedoch die oberste Verwaltungsbehörde Abweichungen anordnen oder zu lassen. Sie kann auch insbesondere bestimmen, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

Es erwähnt nun allen der Krankenkassenversicherung unterliegenden Personen die dringende Pflicht und Anlage, sich an diesen, in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu beteiligen und dazu sich in die Wählerlisten einzutragen zu lassen.

Wahlberechtigt ist jede der Versicherung unterliegende Person, sofern sie über 21 Jahre alt ist.

Geschlecht spielt keine Rolle.

Es muß namentlich den Frauen dringend ans Herz gelegt werden, ihren ganzen Einfluß bei den Wahlen geltend zu machen. Ob die Kasse eine Schwangerenunterstützung, Hebammenförderung für die weiblichen Versicherungspflichtigen und Wochenhilfe an verfügbare freie Churfrauen und anderes mehr gewährt, hängt ganz von dem sozialen Verständnis der gewählten Vertreter ab, da es sich bei diesen Leistungen nicht um die den Kassen obliegenden Pflichtleistungen handelt.

Ob Mann oder Frau also, ganz gleichgültig, sie alle müssen sich an den Wahlen beteiligen, und möglichst dafür sorgen, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeitnehmer in den Ausschluß entsandt werden. Das ist nicht nur notwendig, um Leute in den Ausschluß zu bekommen, die Verständnis für den weiteren Ausbau der Krankenversicherung haben und die nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen freiwilligen Leistungen der Krankenkassen auch durchgeführt werden, sondern es ist auch noch aus folgendem notwendig: Die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen wählen späterhin die Beisitzer beim Versicherungsamt, diese wieder wählen die Beisitzer beim Oberversicherungsamt und die letzteren endlich wieder die Beisitzer beim Reichsversicherungsamt bzw. Landesversicherungsamt.

Die Wahlen finden nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt. Das muß ein Grund mehr sein für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alles daran zu legen, Leute ihres Vertrauens in den

Parteitag in Köln 1893.

Genau in dem Sinne, wie Legien auseinanderfuhrte, daß die Gewerkschaften in Wahrheit eine Verbereitungsschule für die Sozialdemokratie seien, habe ich mit meinem Freunde Auer und anderen in den 70er Jahren agitiert, und als das Sozialistengesetz kam, hat man gerade mit Stärke auf diese unsere Haltung in der Gewerkschaftsbewegung diese Unternehmungen für sozialdemokratische erläutert und sie ebenfalls vernichtet. Daß die Gewerkschaftsführer alle diese Tatsachen beiseite seien, daß sie jetzt so tun, als ob kein Kriegsgesetz bestände und die Partei mit aller Gewalt zur Agitationsschule für die Gewerkschaften betrachtet wissen wollen, versteht sich in der Tat nicht. Auch in den 80er Jahren habe ich für die Gewerkschaften gearbeitet; eine meiner besten Leistungen wurde 1887 vor einer Gewerkschaft in Dresden gehalten. Die Hälfte meiner Tätigkeit auf Versammlungen in Berlin entfällt auf die Fachvereine — und da tritt Legien hier hin und sagt: er sei bis 1889 über meine Stellung unklar gewesen! Wenn vom ersten Manne in der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit solcher Unkenntnis vorgegangen wird, dann weiß ich nicht mehr, was ich sagen soll. Wir sollen nun persönlich einer Gewerkschaft angehören; es genügt also nicht, daß ich Vorträge halte, ich muß Mitglied werden. Es würde uns eine hohe Ehre sein, sagte man mir in Berlin. Man befürchtet doch allerlei den Personalstatus und hier will man ihn treiben? Was kann denn ein Lichthof, Bebel, Auer bei einer Gewerkschaft tun? Ich habe solche Anträge immer abgelehnt, weil man nicht dabei stehen bleibt, sondern sagen würde: Ihr müßt auch mit ganzer Kraft für die Bewegung eintreten, Vorträge halten, Artikel schreiben, Vorstand werden usw. Das können wir bei all der

Ausschluß der Krankenkasse zu bekommen. Sicher werden alle jene, die vorgeben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit aber noch immer veragt haben, wenn es gilt, erfüllt die Interessen der Versicherten im Rahmen der geistlichen Bestimmungen wahrzunehmen, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Wer will, daß sozialer Geist in den Krankenkassen und in den rechtsprechenden Behörden herrscht, der muß die

Wahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

Den Gewerkschaftsräten aber ermöglicht die Pflicht, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben insbesondere den der Krankenkassenverordnung vom 1. Januar 1914 ab unterliegenden Personen durch öffentliche Veröffentlichungen fundatum, ob und wo sie sich in die Wählerlisten einzutragen lassen müssen.

Die vorhin erwähnten Bestimmungen des Bundesrats haben schon Anlaß zu den verschiedensten Diskussionen gegeben. Es macht sich bei einzelnen Behörden die Meinung geltend, daß sich auch die jetzt schon der Versicherung unterliegenden Personen, also die bisherigen Mitglieder der Krankenkassen, neu in die Wählerlisten einzutragen lassen müssen. Andererseits aber auch wieder wird für diese Personen die Wahlberechtigung anerkannt, wenn sie in den Mitgliedern ihrer bisherigen Krankenkasse verzeichnet sind. So, es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mitgliederliste einer ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkasse zum Ausweis der Wahlberechtigung dient, daß aber die Mitglieder von Krankenkassen, die geschlossen werden, sich auch in die Wählerlisten einzutragen lassen müssen. Wo diese letzte Anforderung bei den Behörden besteht, wende man sich sofort an die höhere Verwaltungsbehörde mit dem Erfuchen, eine Änderung einzutreten zu lassen. Entweder müssen sich alle Krankenversicherungspflichtigen Personen in die Wählerliste einzutragen lassen, oder aber, wo für die bisher schon versuchten Personen die Zugeworngte zu einer Krankenkasse für die Wahlberechtigung entscheidend ist, da muß es für alle gelten.

Die kommenden Krankenkassenwahlen dürfen nicht geringer geachtet werden, als irgendeine politische Wahl.

Das ureigene Interesse jedes einzelnen, der sozialen Fortschritt will, soll ihn veranlassen, für die Kandidatenliste der freien gewerkschaftlichen Arbeiterschaft die Stimme abzugeben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Lebens der letzten Wochen stand zweitens die Kämpf der Arbeitnehmer. Wir haben bereits in unserer letzten Rundschau eine kurze Mitteilung gebracht, welche allerdings in bezug auf die Höhe der Gehalts der Arbeitnehmer in Hamburg zu hoch geputzt war. Allerdings sind wir auch heute nicht in der Lage authentische Ziffern zu bringen, was aus den besonderen Verhältnissen heraus erklärbil ist. Die Befürchtung, daß der Kampf die ganze Wirtschaft in Niedrigkeit ziehen würde, hat sich leider erfüllt. Stettin, Kiel und Bremen sowie Bremen und gleichfalls am Kampf beteiligt, ohne daß eine Genehmigung zur Arbeitseinstellung gegeben ist. Zur Lübeck hat man infolge der bekannten Erklärung der Verbandsvorstände den Kampf verschoben. Es ist erfärlich, daß die Konkurrenzbedingungen der in freie kommenden Centralverbände eine ziemliche Erregung hervorgerufen haben. Die Verwaltungsstelle Stettin des Deutschen Metallarbeiterverbandes befahl,

Arbeit, die wir schon haben, nicht auch noch übernehmen. — Man sagt, die Presse habe die Bewegung nicht genügend unterstützt. Die Parteipresse hat hundertmal mehr die gewerkschaftliche Bewegung gefordert als diese die politische. Die Gewerkschaftspresse muß sich mit den kleinen Fragen beschäftigen und darin liegt die große Gefahr, daß sie das große Ziel aus den Augen verlieren und so der allgemeinen Verminderung Vorschub leistet. Der Verbandsbericht hat unumstößlich nachgewiesen, warum die Bewegung in Deutschland nicht so groß werden kann. Ferner hat Schlesien vieles mir vorweg genommen. Die Bergarbeiter zum Beispiel haben Zahltendenzen von Stimmen für uns abgegeben, aber lassen sie sich denn organisieren, nachdem sie im Erzgebirge unterlegen und geprangt sind? Es wird das Verlangen geplänet, wo die Möglichkeit besteht, wann jeder einer Gewerkschaft angehören; aber über diese Möglichkeit würde längst in allen Versammlungen der Erzgebirge entbrennen und dann haben wir den permanenten Krieg in der Bergarbeit. In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensraum durchgeschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Bürgern zur Blüte gebracht hat. Weitere wichtige Schritte, deren Bezeichnung mir zu den Hauptaufgaben der Gewerkschaften gehören, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden, und das wird noch in späterem Umfang eintreten, wenn der Bergarbeiter entzogen oder auch unter eigener Arbeiterschaft-Gesetzgebung Geist werden soll. Von diesem Gesichtspunkte aus bekommt man einmal die Frage! Mit jeder Erweiterung der sozialen Befreiung wird das Feld der gewerkschaftlichen Tätigkeit

Bebel und die Gewerkschaften.

Der ewige Gleichmacher, der unerbittliche Tod, hat aus der deutschen Arbeiterbewegung einen Mann heraustragen, der mehr als einmal der Gegenstand der allgemeinen Debatte in den Gewerkschaften bildete. Es ist unmöglich, im Rahmen dieser kleinen Darstellung auch nur annähernd ein vollständiges Bild über die Stellung Bebels zu den Gewerkschaften zu geben. Sicher ist, daß auch die Gewerkschaften diesem Manne vieles zu danken haben. Es dürfte nun aber zeitgemäß sein, an die Sturm- und Drangperiode zu erinnern, wo die Gewerkschaften den ersten Bereich machten, sich die Anerkennung als selbständige Organisationen in der Arbeiterbewegung zu erringen. Der Anfang hierzu wurde auf dem Parteitag in Köln 1893 gelegt, wo die denkbare Debatte zwischen Legien einerseits und Auer, Bebel und Liebknecht andererseits stattfand. Im Laufe der Jahre mußte Bebel doch die Entwicklung unserer Organisationen anerkennen. Wir erinnern ferner an seinen Vortrag bei den Berliner Buchdruckern über die Neutralitätsfrage, an die Unterstützung, welche er dem Vorstand der Berliner Käurer gewährte, als er gegen den Ausbruch des Streits sprach. Die Debatte über „Führer und Massen“, das Wort von den Konzilen, denen auf die Finger geschenkt werden mußte, sind auf Bebel zurückzuführen.

Wer in dieser ganzen Zeit im öffentlichen Leben gestanden hat, wird den steinigen Weg von Köln 1893 bis Mannheim 1906 genau kennen. Aus der reichhaltigen Literatur dieser Zeit haben wir nachstehende Reden Bebels herausgegriffen, die ein Bild seiner Auffassung und seiner Entwicklung geben.

der Kaufmännischen Mittel auszuweiten, ein Beschlüß, der später wieder aufgezogen wurde. Die Stimmen, welche die Erfüllung der Vorstände unterstauten, drangen nicht durch, wofür auch einzelne Vertrauensmitgliedschaften zugaben, daß die Arbeitsniedergabe ungünstig war. Was aber die Arbeitnehmer der verschiedenen Berufe und Lizenzen nicht einsehen wollen, ist, daß die Vorstände gesungen waren, im öffentlichen Interesse sich auf den Boden der statutarischen Bestimmungen zu stellen. Zum Teil ging man dazu über, die Erstellenden aus kleinen Säcken zu unterscheiden, zum andern aber zum geringeren Teile wurde auch private Unterstützung vorgeschafft, so für die Schauspieler.

Sicherheit dieser Kunst für das gesamte Geschäft
verfehlten noch keiner Bedeutung ist, soviel man aus der
Sogenannten. Wir sehen hier von ab, mit der Rostempfeile
an dieser Stelle zu rechnen, wo einzelne Drähte es nicht
lassen können bei jeder passenden und unpassenden Ge-
legenheit hin in die gewünschte Richtung zu ziehen.
Nicht interessiert uns hier die längere Briele, welche
die Passagier nach allen Regeln der Kunst aufzuschicken
wollen. Diejenige füllt in diesem Falle die rech-
tbefindende Stelle im Bereich mit der "Arbeitszeitgebun-
digung" auf. Dies auffallende bei dieser Erfahrung
ist aber, dass man die freitenden Arbeiter im Schutz
derart mit alle Erfüllt den Gewissensbisseien zu führen.

Die Wörter reißen die Vermüthen und alle die aus jähren
seinen Sammlungen entstehenden Gedanken und Erfindungen
haben die Berliner zu veranlassen. Die Berliner
Politischen Nachrichten berichteten, wie auch die Aus-
gabe, gezeichneten Zeichnungen der Wissenschaftler. Daß die
Schlagzeilen „Kunst“ in ihrer eigenen Art jetzt wieder
obenan waren, verfuhr nach am Stande. Die Gewalt-

späteren Bönen noch für nicht die politische Gewalt die für
den sozialen Frieden, die Fortschritte weiter zu ver-
wirken, wenn der Sozialstaatlichkeit beginnen. Aber Recht darf
der Unternehmenspolitik und den von ihr vermittelten
Opportunitäten der Gewalt nicht werden, das ist den
größten Fehler, den diese Gruppe gemacht hat, als bei der
letzten Wahlkampfperiode und der Verhandlung dieses
Sammels, als es geht den Reichstag zu erfüllen. Nun
gibt es den Reichstag. Nun hat es keinen
Gesetzen ein Ende zu bereiten, bestätigt der Vorsitz des
ReichsArbeitsgemeinschafts vom 8. und 9. August eine unters-
chiedliche Generalversammlung nach Berlin ein. Die
Abgeordneten wollen nun bis zu einem großen Teil
unter der Demokratie gegen den Reichstag. Die Zusammen-
setzung war höher, vornehmlich aus den freilichen Partei-
en, eine andere als die wir in den letzten Jahren. Der
Vorsteende Bönen ging in einer auf angelegtem Wege
nach die Sitzungen der Delegierten und Eröffnung der Si-
tze, ob wir in den deutschen Gewerkschaften so lange
Unternehmenspolitik gehabt haben, wie wir diese Rechte ge-
habt haben, welche wir Ihnen mit 20 Jahren an den Arbeit-
ern eingetragen hatten. Nicht gegen den Reichstag,

... gegen den sozialen und die
sozialen Rechte unserer Freunde gerichtet, und es kann kein
Zweck; es steht doch ~~unser~~ ~~unser~~ mit dem ~~sozialen~~ der
Arbeiter und Bauern. Die gewerkschaftliche Organisation
heute ist allerdings genauso reaktionär wie jene der
heute Parteien sind, folglich muss jetzt die politische
in den Gewerkschaften stehen. Sie müssen gewis-
sen Abstand nehmen von der KPD und KPD-Linie; wenn die Gewerkschaften
abgespalten sind unter Wohl und Wehr, wie bei
KPD und SPD, in der Dauerkriegs-Linie, in der
Arbeiter und Bauernfront, den Kleinbauten und Klein-
betrieben, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Entwicklung
so, dass beide nur noch ihre politische Front haben.“

Writing in Worcester 1866.

The winter was cold, there is no snow. October
was very warm. The grass grows
and other birds like the Robin, come earlier.
November is warm. See how slender and pale
the leaves are. The Goshawk comes to
the flocking of the sparrows now, from
the north country, as the temperature has gone
down to 40 degrees. They have been singing
now for half an hour. See how pale they are.
This is the first time I have seen them
since November. We hope they
will be here, but we see the Goshawks and an
old fox now and then. We
see the Robin by day for the first time
in April. See how pale they are now. See
how pale the Fox, squirrel and Goshawk are.

Wenn wir uns etwas länger bei dieser Geschichte aufgehalten haben, als es sonst unserer Strenge ist, so muss der Richtigkeit der Sache Herrn, welche der Verlauf des ganzen Kampfes und die Stellung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes für die deutschen Gewerkschaften hat. Gerade aus diesem Grunde heraus können wir aber unter keinen Umständen stillschweigen beobachteten bei der Behandlung dieser Frage auf der Freiägnerstagversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Niederrhein. Hier so bedeutsamer ist es, wenn Personen wie Stadtsgen und Frau Euzenburg daran Gefallen finden, die schon ohnehin gezwängerte Luft noch mehr zur Explosionsmöglichkeit zu bringen. Was hat die Partei mit dem Verhandlung der Metallarbeiter zu tun, resp. mit diesen Verhältnissen? Als Gemeinschaft hatten wir schon eher ein Recht Ansprüche zu erheben, welche die allgemeine Gewerkschaftsinstanz betrifft, aber sonst darf es nicht geben, daß sich Parteimitglieder in Dinge mischen wollen, deren moralische und materielle Schäden sie nicht zu tragen haben. Die Beurteilung auf die Debatte des Vorsitzenden in Gewerkschaftsorganen ist so hinfällig, daß wir auch mit keinem Wort darauf weiter eingehen. Streitpunktsmerkmalen haben sich Stimmen gefunden, welche die Verhältnisse berührten, jedoch hatten. Hoffentlich bleibt dieser Fall auf sich beschränkt und unsere Stadtsgen und Freunde verhindern, daß nur mit solchen Dingen, von denen es nie reuefrei.

Einen Beitrag zu dem Komitee Unternehmertigropiat liefern die Ausprägung in den Straßenbahnverkehren in Sonderburg u. d. welche die Fabrikation von Kinderautos, Reisewagen und Automobilen betreibt. Diese Firma ist auch über den Rahmen der zunächst beschäftigten Personalkräfte hinaus bekannt. Ein Lauter der ersten Zahl Jahre hat die Firma Reisewagen fest ihnen zum ersten Male zur Ausprägung gegeben, zuletzt vor Jahresende, wo es nach wiehest eine eine Kapazität handelte. Den Überschuss dieses gewaltigen Fabrikations einige Veränderungen auf ein sehr weites aber freie bedienten materiellen Ausbildungsmöglichkeiten der Arbeiter freisten, so daß jetzt die Ausbildung weiter der Arbeiter erfolgte. Die Firma veranlaßte die Ausbildung der Arbeiter zu führen, die Ausbildung war bis zur und die Firma lehnte zwecklos ab. Die Arbeiter erklärten, nichts zu arbeiten, da Firma wollte nicht zum 1. August einen neuen Betrieb auf bestellt die Ausbildung. Die Ausbildung wurde mit, um die der Komit entgegenzutun, kann mit dem können, um die Arbeiter zu beschuldigen, daß sie ungewisse Anforderungen ergeben hätten. Die benötigte Arbeitsausbildung wurde direkt Firma einen besonderen Willen, der allerdings in dem Bereich der Firma unbekannt sein wird. Nach den Mitteilungen im "Sparte" für die Firma nicht das geringste Zugeständnis gemacht und hier kommt sie sich mit wenigenem Entgegenkommen. So der Ausprägung und gleich 1700 Arbeitern auf Ausbildungskosten der Arbeiter, Polizeiarbeiten, Post- und Telegraphenbeamtes bestellt.

Zu diesem Staunen mußten so recht schon die Ver-
einigungsversprechen gegenüber den letzten
Verhandlungen gestellt werden, während jäh der Verstand der
Regierung bei Verteilung und Belehnungsländern durch
Schnellheben in einem kurzen Augenblick aus dem Lobe
der Freiheit die Erinnerungen verschärflich abgelesen, weil
die Freiheit im Gewölbe war. Wie die Verwirrung
in Wirklichkeit zeigt, kann der Vertrag die Ver-
einigungsversprechen nicht zu halten, nur um den Unter-
schied, doch die Unterschiede die Reichenhäuser sind. Am
ehesten sollen diese Unterschiede einen neuen Beitrag zu
der Einheit, wie es die Regierungen gewünscht werden.
Es wird hier oben ausgegeben, daß die Gefallen als Söhne
gewürdigt werden und die gesuchten Freiheiten zu
ihnen haben und die Unterschiede aufgehoben werden,
die Verfassung zu erhalten. Sicher hat noch häufig
die Freiheit, daß die Gerechtigkeit in Höhe ihres Bereiches
die Gelegenheit herauszuführen haben.

Kundschafft: Wie ist Sorge zu tragen, um entzündungen zu verhindern? Wie kann die Wundheilungsfähigkeit der Körperfunktionen bestimmt werden? Wie kann die Entzündung verhindert werden? Wie kann die Entzündung verhindert werden? Wie kann die Entzündung verhindert werden?

Herr Mendthal und sein Kronzunge oder Schwester, wie sie nicht sein sollte.

Die Lohnverregung in der Fabrik Mündhal
Königsberg i. Pr., insbesondere aber die öffentliche Be-
handlung des Verhaltens der Firma durch die Presse im
Arbeiterkreise gegenüber den Forderungen der Arbeiter
bei Herrn Mündhal zu verschiedenen Erfärtungen
veranlaßt.

Herr Mendhal beruft die Sache so darzustellen, als ob die Arbeiter zu den Lohnforderungen seines Organisationsgezwungen worden seien, also gegen ihren Willen die Unterschrift in dem Anhängen an die Firma abgeben müssten. Er beruft sich dabei auf einen alten Arbeiter, der ihm ausdrücklich eröffnet hätte, daß er nur schafft die Forderung mit unverschämten habe, weil ihm bei Verweigerung der Unterschrift in der Versammlung seiten der übrigen Arbeiter Brügel angedroht würden.

Selbstverständlich ist für einen Arbeitgeber eine derartige Behauptung immer wahr, hat er doch schon so viel von dem Terrorismus der organisierten Arbeiter in seinem Bürgerlichen Zeitblatt gelesen und bei den Zusammenkünften der Arbeitgeber und den jüngsten Gelegenheiten gehört — daß die unumstößliche Behauptung dieses Arbeiters ihm als unumstößliche Wahrheit erscheint. Also einem ehrlichen Gewerbetreibenden muß die Firma in der verschiedensten Weise entgegentreten, nachdem Herr Wendthal, wie er sich ausdrückt, während der 60 Jahre, seit die Firma besteht, noch nie die Arbeiter in solcher Form um Lohnsteigerung eingetragen seien. Er hätte immer ein gutes Herz für seine Arbeiter gehabt.

von sehr häufig an anderen Dingen abspielen, müssen wir doch die Dinge etwas ausführlicher betrachten, um die Schmiedekunst vieler Arbeiter und deren Bildung auf verschiedenen Seiten zu beleuchten.

Wie oft ist es doch schon jeden organisatorisch tätigen Kollegen passiert, daß in den Betriebs- und anderen Versammlungen, wenn der Stimmenden der Biegel über erbärmlichen Lage, ihre Rechtlosigkeit und vorbehalten wurde, der höchste Gehalt über die zuverlässigen Ausführungen, gerade von den unorganisierten Betriebsmitgliedern zu hören. In dieser Eingehungsuntersuchung kann diese im Betriebe noch recht friedlich verlaufenen Frete recht frastige Sone gegen den Unternehmer werden. Wenn man allerdings dann mit dem Aufnahmeherrn für den Verband an die Strafmeier herantritt und ihnen erklärt, daß man diese Zustände nicht mit dem einzigen begegnen kann, sondern daß zur Mithilfe allen Dingen der allgemeine Zusammenschluß in dem Verbande notwendig sei, daß jeder Arbeiter seinen Nebenkollegen brüderlich die Hand reichen müsse, daß man nur der Organisation gegen Unrecht und Willkür auf gemeinsam stärker Forme, daß aber auch um diejenen Schutz aufzuhalten zu können, später notwendig seien, die oben der Beitragseleistung in ehriger Weise bei für die Ausbreitung des Verbandes gebraucht werden müssen, dann werden diese Wohlhelden in der Regel führen oder müssen ziemendrei Abschüte, um die Aufnahme und den Beitrag nicht zu föhren.

Das wäre noch das weniger schlimme, wenn diejenigen Aus-
beute münden, die Herrscher- und Grundbesitzer auf
eigenes Rechnen die ehemaligen Arbeiter lassen könnten. Aber da-
über dennoch Leute sehr häufig nichts Besonders zu tun,
sä bei der nächstliegenden Gelegenheit, um das eigene Emp-
fängen durch Schmarotzerei förmlich zu förmeln, dem Vor-
reisenden oder dem Arbeitgeber die ehemaligen und selbst-
verschuldeten Arbeiter zu verklagen und zu verleumden.
Die Sozialbewegung ist durch solche Schädlinge der
Arbeiterbewegung schon zu Wasser geworden oder für die
Arbeiter erheblich unvorteiliger gemacht worden, weil durch
ihre Daseinskraft nicht selten auch noch Unreinigkeit und
Fiktionen unter die programmierten Arbeiter getragen wird.

Ein solcher Arbeiter, wie er nicht sein soll, trifft auch dieser Bewegung kein Interesse. Nachdem die Firmenendstiftungen deren Namen öffentlich genannt, wollen auch wir diesen Gustav Thater und seine Leute im Erinnerung behalten.

für der Betriebsbereitung am 31. Juli, in der die

und selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In
einem Sinne bitte ich Sie, meiner Resolution zu folgen.
In diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der
Krieg endet und unser gewonnen ist."

1920 May 1 from W. L. Ladd, Worcester

Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Befreiung der Elendenlage der Arbeiter innerhalb der sozialen Gesellschaft. Dieselben freien von Wichtigkeit unter den sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Befreiung der Arbeitersklavie und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf ihrem Gebiet zu führen hat; im weiteren aber übersteigt ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeitersklavie von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer rein sozialen Freiheit aller betriebenden Erzeugungs- und Dienstleistungsweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erreichbar ist, das auch der Massenbetriebsarbeiter der Gesellschaft notwendig erreichen wird. Beide Organisationen sind also in ihren Sämlingen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Bevölkerung gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen dieser Organisationen nach zu verständigen suchen.

Um aber jede Einheitlichkeit des Denkens und Sprachens vom Partei und Gewerkschaft zu führen, die ein unfehlbares Erfordernis für den freienzialen Kampf der sozialistischen Arbeiterklasse bildet, ist es notwendig nochmals, dass die gesamtsozialistische Bewegung der hiesigen Geiste und sozialdemokratische erfüllt werden. Es ist daher wichtig,

